

Bruch oder Bluff? Französische Außenpolitik unter Sarkozy

WINFRIED VEIT

Seit Nicolas Sarkozy im Mai 2007 sein Amt als französischer Präsident antrat, hat sich in der außenpolitischen Orientierung Frankreichs einiges geändert. Dies gilt in erster Linie für den Stil und die Methode, aber auch für bestimmte Bereiche der Außenpolitik wie die transatlantischen Beziehungen und die Menschenrechtspolitik. Aber handelt es sich dabei tatsächlich um den von Sarkozy im Wahlkampf immer wieder angekündigten »Bruch« mit der Politik seiner Vorgänger, vor allem seines unmittelbaren Vorgängers und früheren Förderers Jacques Chirac? Oder überwiegt bei aller Abgrenzungsrhetorik einmal mehr die Kontinuität und ist Sarkozy, ebenso wie alle seine Vorgänger, in erster Linie den Traditionen der V. Republik verhaftet? Bevor man die neueren Tendenzen der französischen Außenpolitik analysiert, lohnt sich deshalb ein Blick auf diese Tradition, weil man erst im Vergleich beurteilen kann, was an Sarkozys Außenpolitik in der Substanz neu ist.

Die Strukturen der V. Republik als prägender Faktor der Außenpolitik

Die algerische Unabhängigkeit 1962 markierte in den Worten des Politologen Alfred Grosser den Bruch einer Periode, die seit 1938 andauerte. Damals hatte Frankreich das schändliche Münchner Abkommen unterzeichnet, das weder den Krieg noch die französische Niederlage 1940 verhinderte und dazu führte, dass Paris bei der Konferenz von Jalta 1945 nicht am Siegertisch sitzen durfte. »München« und »Jalta« sind die Traumata der französischen Nachkriegspolitik, die bis heute seine Außenpolitik prägen. Dazu kamen nach dem Zweiten Weltkrieg die Kolonialkriege in Indochina und Algerien, so dass diese gesamte Periode von der eingeschränkten Handlungsfähigkeit des Landes gekennzeichnet war. Mit dem von Präsident Charles de Gaulle bewirkten Ende des Algerienkrieges erhielt Paris diese Handlungsfähigkeit zurück, zumal dieser be-

reits 1960 auf friedliche Weise die Unabhängigkeit der französischen Kolonien in Afrika bewerkstelligt hatte.

Die Rückgewinnung der außenpolitischen Handlungsfähigkeit korrespondierte im Inneren – wohl nicht ganz zufällig – mit einer für die Außenbeziehungen äußerst bedeutsamen Verfassungsreform: Am 18. Oktober 1962 billigte in einem Referendum eine klare Mehrheit der Stimmberechtigten die von de Gaulle vorgeschlagene Direktwahl des Präsidenten der Republik. Hatte die Verfassung von 1958 bereits die Rolle des Präsidenten radikal verändert, so gewann dieser mit der Direktwahl zusätzliche Autorität, und dies sollte sich insbesondere auf die Außen- und Sicherheitspolitik auswirken, die zunehmend zu einer »*domaine réservé*« des Staatsherrn wurden. Dabei ist dies kein juristischer Begriff, der in der Verfassung niedergelegt ist, sondern ein von Politikern und Journalisten geprägter Begriff, der die Verfassungspraxis widerspiegelt. Denn laut Verfassung teilen sich der Präsident und der Premierminister als Chef der Regierung die Zuständigkeiten in der Außenpolitik; diese Regelung gewinnt vor allem an Bedeutung, wenn Staats- und Regierungschef unterschiedlichen politischen Lagern angehören. Dies war während der V. Republik bisher dreimal der Fall: 1986–88, als die Rechte die Parlamentswahlen gewann und der Neo-Gaullist Jacques Chirac vom sozialistischen Präsidenten François Mitterrand zum Premierminister ernannt wurde; 1993–95, als wiederum die rechte Opposition die Wahlen gewann und Mitterrand den gaullistischen Politiker Edouard Balladur zum Regierungschef bestimmte; und schließlich von 1997–2002, als Staatspräsident Jacques Chirac nach der missglückten Parlamentsauflösung den Sozialisten Lionel Jospin mit der Regierungsführung beauftragen musste.

Allerdings kann die »*domaine réservé*« durchaus aus der Verfassung abgeleitet werden, denn diese sieht vor, dass der Präsident »der Garant der nationalen Unabhängigkeit, der Unversehrtheit des Staatsgebietes ... und der (internationalen) Verträge« sowie »Chef der Armee« ist. Dennoch ist der ausgeprägte Zugriff des Staatsherrn auf die Außen- und Sicherheitspolitik mehr der Persönlichkeit des General de Gaulle zuzuschreiben, der dieses Amt als Erster geprägt hat und dem alle Nachfolger – auch und vor allem der Sozialist Mitterrand – in dieser Hinsicht nachstrebten.¹ In der Tat war de Gaulle die Inkarnation des freien, unab-

1. Kessler, Marie-Christine (1999): *La politique étrangère de la France, Acteurs et processus*. Paris: Presses de sciences po, 17 ff. und Grosser, Alfred (1984): *Affaires extérieures, La politique de la France 1944–1984*. Paris: Flammarion, 152.

hängigen Frankreich, der schon kurz nach der französischen Kapitulation im Jahre 1940 quasi als Einzelkämpfer und ohne Ressourcen die Fahne des freien Frankreich aufrecht hielt und unbeirrt – und schließlich erfolgreich – am Ziel der nationalen Wiedererweckung festhielt. Seit seiner Rede vom 18. Juni 1940, als er vom Londoner Exil aus zum Widerstand gegen die deutsche Besatzung und das Vichy-Regime aufrief, verkörperte er so etwas wie die französische Legitimität schlechthin – auch über seine »machtlose« Zeit in den Jahren 1946–58 hinaus, als ihn das undankbare französische Volk in die politische Wüste schickte.

Die Strukturen der V. Republik haben wegen der herausragenden Rolle des Präsidenten gerade auch die Außen- und Sicherheitspolitik seiner Nachfolger geprägt, obgleich diese durchaus unterschiedliche Vorstellungen hatten. Dies gilt vor allem für die Afrika-Politik, die in Frankreich immer einen besonderen Stellenwert hatte – wegen des gesicherten Zugangs zu Rohstoffen (besonders wichtig aufgrund der ausgeprägten zivilen wie militärischen Nuklearpolitik, für die die Uranvorkommen im Niger unentbehrlich waren und immer noch sind), wegen der geopolitischen Bedeutung des afrikanischen Kontinents und nicht zuletzt wegen der kulturellen und sprachlichen Ausstrahlung Frankreichs in Afrika, die für das internationale Gewicht des Landes (u. a. Verwendung der französischen Sprache in den UN-Gremien) von Bedeutung ist. Jacques Foccart, Afrika-politischer Berater de Gaulles, war weit über dessen Amtszeit hinaus die graue Eminenz der gaullistischen Afrika-Politik und für die afrikanischen Staats- und Regierungschefs ein wichtigerer Ansprechpartner als der Außenminister oder sogar der Premierminister.

Insgesamt waren gegenüber der IV. Republik ein hohes Maß an Stabilität und relativ klare Entscheidungsmechanismen bei einem vergleichsweise geringen Einfluss der Assemblée Nationale auf die Außen- und Sicherheitspolitik zu verzeichnen: »Von nun an wird die Außenpolitik Frankreichs ohne jegliche Beeinträchtigung im Elysée bestimmt.«²

Das gaullistische Erbe in der französischen Außen- und Sicherheitspolitik

Wenn man vom gaullistischen Erbe spricht, dann meint das in erster Linie die von Charles de Gaulle geprägten Ziele, Sichtweisen und Metho-

2. De Montferrand, Bernard (1987): *La France et l'étranger*. Paris: Albatros, 446.

den der Außen- und Sicherheitspolitik, die von seinen Nachfolgern mit unterschiedlichen Gewichtungen übernommen wurden. Die Persönlichkeit des jeweiligen Präsidenten spielt dabei eine nicht zu unterschätzende Rolle; es erscheint deshalb interessant, die Einschätzung de Gaulles zur Statur eines Staatschefs wiederzugeben, die insbesondere im Vergleich zum heutigen Amtsinhaber Nicolas Sarkozy bemerkenswert ist: »Ein solcher Chef ist distanziert, denn Autorität ist nicht ohne Prestige möglich und Prestige nicht ohne Distanz ... Und vor allem ist Prestige nicht ohne Mysterium möglich, denn man achtet wenig dasjenige, das man zu gut kennt.« (Grosser, a. a. O., 159) Das geradezu exhibitionistische Verhalten Sarkozys in seinem ersten Amtsjahr steht in diametralem Gegensatz zu dieser Feststellung.

Auch die Einschätzung Grossers über das »Neue« an de Gaulles Außenpolitik erscheint gerade auch im Hinblick auf Sarkozy von Interesse: »In der Außenpolitik sind die Kontinuitäten weit größer als die Brüche, wenn man mehr auf den Inhalt als auf den Stil und die Methode achtet«. Allerdings sehen andere Autoren durchaus Brüche in de Gaulles Politik gegenüber den Vorgängerregierungen der IV. Republik, so vor allem in seiner Weigerung, sich in das westliche Lager zu integrieren; dafür kennzeichnend ist die Ablehnung der europäischen Integration und das Beharren auf nationalstaatlicher Souveränität und Unabhängigkeit, das beides in das Konzept vom »Europa der Vaterländer« und schließlich im Austritt aus der militärischen NATO-Integration mündet. Ein weiterer Bruch ist die von de Gaulle abgelehnte, bis dahin betriebene systematische Opposition gegenüber dem Ostblock, die er bald in eine »besondere Beziehung« zur Sowjetunion und anderen Ländern des kommunistischen Blocks umwandelt. Und schließlich sucht er beharrlich eine Sonderrolle Frankreichs in der sich formierenden Dritten Welt, für die nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Kolonien und dem Friedensschluss mit Algerien die Voraussetzungen gegeben sind. Die Grundlage dieser Politik der nationalen Unabhängigkeit ist die von de Gaulle systematisch ausgebaut »force de frappe«, die Nuklearmacht aus landgestützten Raketen, U-Booten und Düsenbomben, die ihn – im Gegensatz etwa zu Deutschland – vom amerikanischen Nuklearschild unabhängig macht und ihm so eine Position zwischen den Blöcken erlaubt.

Dabei gilt bis heute das gaullistische Prinzip: Wenn die westliche Welt bedroht ist, dann ist Frankreich solidarisch mit der westlichen Wertegemeinschaft; in Zeiten der Entspannung versucht es, seine Unabhängigkeit vor allem gegenüber den USA zu bewahren. Das Verhältnis zu

Washington ist der Dreh- und Angelpunkt der gaullistischen Politik, denn nicht nur ist es durch das Trauma von Jalta belastet, als vor allem die Amerikaner Paris nicht als Siegermacht anerkennen wollten, sondern hat viel tiefer reichende Ursachen, die in der Konkurrenz beider Länder um die wahre »zivilisatorische und aufklärerische Mission« liegen. Dies hat dazu geführt, dass die Beziehungen beider Länder von einem »quasi permanent konflikthaften Charakter« (Montferrand) gekennzeichnet sind und dass der Kampf um die gleiche Augenhöhe mit den USA ein grundlegendes Anliegen gaullistischer Außen- und Sicherheitspolitik ist. So schlug de Gaulle bereits kurz nach seiner Machtübernahme 1958 die Bildung eines Dreier-Direktoriums aus den USA, Großbritannien und Frankreich vor, um die Interessen der westlichen Welt in der internationalen Politik zu vertreten, ein Vorschlag, der bei den Amerikanern auf keine Resonanz stieß, was de Gaulle in seinem Unabhängigkeitsstreben nur noch stärkte.

Auch die Europa-Politik ist stark von diesem Streben beeinflusst. Für das gaullistische Frankreich bedeutet die Einordnung in ein supranationales Europa die Unterordnung unter die USA, weil diese zu starken Einfluss auf viele europäische Länder ausüben. Dies war auch ein Grund, warum de Gaulle den EU-Beitritt Englands ablehnte; er sah in den Briten reine Vasallen der USA. Und auch das Verhältnis zu Deutschland war lange Jahre von der Überzeugung beeinflusst, dass die Deutschen eine zu atlantische Gesinnung an den Tag legten und außerdem auf Gedeih und Verderb vom militärischen Schutz der Amerikaner abhingen. Dies änderte sich mit der deutschen Wiedervereinigung und insbesondere mit der selbstbewussteren Außenpolitik der rot-grünen Koalition, doch dafür wurde das neue Deutschland zum mächtigen Konkurrenten um die Führungsrolle in Europa. Frankreich sah seine Europapolitik – im Idealfall Europa als vergrößertes Frankreich – immer auch als Mittel an, die Deutschen einzubinden und ihnen jedweden Gedanken an einen »deutschen Sonderweg« auszutreiben.

Diese Grundprinzipien haben weitgehend auch die Politik von de Gaulles Nachfolgern bestimmt, wobei es im Einzelnen durchaus unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und auch Veränderungen gab.

Am wenigsten änderte sich naturgemäß mit de Gaulles unmittelbarem Nachfolger Georges Pompidou, der dem General nach dessen Rücktritt 1969 nachfolgte und dem er bereits von 1962–68 als Premierminister gedient hatte. Abgesehen von einem anderen persönlichen Stil bemühte sich Pompidou um die Bewahrung des gaullistischen Erbes und lehnte

eine europäische Supranationalität entschieden ab. Bezeichnend ist ein Satz aus einer Rede von 1964, als er sagte: »Frankreich muss die Rolle Europas spielen« (und nicht etwa: Frankreich muss eine Rolle in Europa spielen). Ähnlich hatte sich schon de Gaulle geäußert: »Es liegt an Frankreich zu definieren, was gut für Europa ist«. Im Übrigen verfolgte Pompidou eine aktive Arabienpolitik, die mit der ersten Ölkrise Mitte der siebziger Jahre unter seinem Nachfolger Valérie Giscard d'Estaing (1974–1981) noch an Bedeutung gewann. Zwar verkörperte Giscard den »liberalen« Flügel des Gaullismus und unterschied sich innen- und wirtschaftspolitisch durchaus von seinem Vorgänger, doch außenpolitisch war Kontinuität vorherrschend. In der Arabien- und Afrikapolitik verschärfte Giscard sogar die gaullistischen Akzente, indem er enge (zum Teil anrühige) persönliche Kontakte zu afrikanischen und nahöstlichen Potentaten pflegte mit dem vorrangigen Ziel, die Rohstoffversorgung Frankreichs, vor allem mit Öl, sicherzustellen. Das führte ihn auch dazu, erstmals vom Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat zu sprechen, der amerikanischen Position im Hinblick auf die Weltwirtschaftsordnung gegenüberzutreten und für Frankreich eine Art Sprecherrolle für die Dritte Welt im Westen zu beanspruchen.³

Mit Francois Mitterrand übernahm 1981 erstmals ein Sozialist das höchste Amt der Republik und behielt es 14 Jahre lang über zwei Amtsperioden bis 1995. Mitterrand ähnelt am ehesten jenem Bild des Staatsmannes, das de Gaulle gemalt hat: Immer umgab ihn eine Aura des Geheimnisses und immer ließ er seine Mitarbeiter über seine wahren Absichten im Unklaren und ließ sie zum Teil parallel an den gleichen Projekten arbeiten, um dann einen einsamen Entschluss zu fällen. Wie seine Vorgänger pflegte er die »domaine réservé«, insbesondere in der Afrika-Politik, obgleich er dieses System (und die Verfassung der V. Republik insgesamt) in einem zu Oppositionszeiten erschienenen Buch als »permanenten Staatsstreich« bezeichnet hatte. Doch auf der anderen Seite gab es auch deutliche Brüche mit der gaullistischen Tradition: Obgleich in seiner Regierung lange Zeit die Kommunisten saßen, vertrat er eine so deutlich pro-atlantische Haltung wie noch nie seit Gründung der V. Republik. Dies äußerte sich vor allem in seiner Haltung in der Frage der Stationierung von amerikanischen Mittelstrecken-Raketen in Europa, wo er klar die amerikanische Position verteidigte. Im ersten Golfkrieg

3. De la Gorce, Paul-Marie und Moschetto, Bruno (2006): *La V. République*. Paris: PUF, 49 ff.

1990/91 stand Frankreich von Anfang an auf der Seite der USA. Außerdem wurden die besonderen Beziehungen zur Sowjetunion aufgegeben und dafür die Beziehungen zu Israel verbessert; Mitterrand war der erste französische Präsident, der Israel einen Staatsbesuch abstattete.

Sein Nachfolger Jacques Chirac (1995–2007) war ein so genannter »Neo-Gaullist«, der sich zwar auf das gaullistische Erbe berief, von »echten« Gaullisten aber nicht als solcher anerkannt wurde. Dazu war Chiracs Politik zu chamäleonhaft, auch wenn sie auf zwei Grundkonstanten gaullistischer Außen- und Sicherheitspolitik fußte: einer deutlich anti-amerikanischen Linie, die während der Irak-Krise 2002/03 geradezu hysterische Züge annahm, und einer wieder stärkeren Zuwendung gegenüber Moskau und Peking. An diesem Punkt wird die Widersprüchlichkeit Chiracs besonders sichtbar: Während er sich sonst gerne als Verfechter der Menschenrechte in der ganzen Welt gerierte, blieb er gegenüber den undemokratischen Verhältnissen und den Menschenrechtsverletzungen in Russland und China merkwürdig stumm. Hier dominierte wieder die gaullistische Realpolitik. Auch die Europa-Politik blieb von Widersprüchen nicht frei: Obwohl Chirac den europäischen Verfassungsvertrag befürwortete und sich stets als Verfechter eines politisch integrierten Europa ausgab, sagte er noch nach der Unterzeichnung eben dieses Vertrages durch die europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahre 2004: »Frankreich ist eine Großmacht, die im Konzert der Nationen eine autonome, unabhängige und respektierte Rolle spielt.«⁴ Dass er ohne Not ein Referendum über den europäischen Verfassungsvertrag ansetzte und dieses am 29. Mai 2005 verlor, war wohl der größte politische Fehler seiner Amtszeit mit verheerenden Folgen für die europäische Einigung. Ironischerweise gab dies seinem Nachfolger und Intimfeind Nicolas Sarkozy Gelegenheit, sich unmittelbar nach der Amtsübernahme europapolitisch zu profilieren.

Bruch – mehr in der Form als im Inhalt?

Sarkozy hat in seiner Wahlkampagne viel vom Bruch (»rupture«) gesprochen und zielte damit auf eine gewisse Distanzierung zur Politik seines weitgehend diskreditierten Vorgängers Jacques Chirac ab. Dies bezog

4. Grosser, Alfred (2005): *La France, semblable et différente*. Paris: Alvik Editions, 240; vgl. auch Védrine, Hubert (2007): *Continuer l'Histoire*. Paris: Fayard, 136.

sich zwar in erster Linie auf die Innen- und Gesellschaftspolitik, schloss aber durchaus außenpolitische Fragen ein. Doch tauchte der Begriff »rupture« zum Ende der Kampagne immer weniger auf, da die sozialistische Opposition zu Recht daran erinnerte, dass Sarkozy als langjähriger Minister unter Chirac Mitverantwortung für die nun von ihm kritisierte Politik trug.

Noch mehr als bei de Gaulle, der in der Außenpolitik vielfach in der Kontinuität der IV. Republik agierte, ist bei Sarkozy zu fragen, ob seine ersten außenpolitischen Schritte tatsächlich einen Bruch mit der bisherigen Außenpolitik darstellen. Der liberal-konservative Historiker und Publizist Nicolas Baverez sieht dies ohne Umschweife so und erwähnt in diesem Zusammenhang den von Sarkozy initiierten europäischen »Minivertrag«, mit dem Frankreich die Initiative in Europa zurückgewonnen habe, die verbesserten Beziehungen zu den USA und das verstärkte Menschenrechts-Engagement Frankreichs, vor allem in Darfur. Gleichzeitig stellt er Sarkozy in die Tradition de Gaulles, wenn der neue Präsident das französische Wirtschafts- und Sozialmodell modernisieren will, um damit Frankreichs Position in der Globalisierung zu verbessern (*Le Monde* v. 3.10.2007).

Ob dies schon ein Bruch mit der traditionellen gaullistischen Außenpolitik ist, sei dahingestellt. Richtig ist aber, dass eine außenpolitische Neuorientierung Frankreichs notwendig ist, will das Land seinen Großmachtanspruch nicht völlig der Lächerlichkeit preisgeben. Die von de Gaulle und seinen unmittelbaren Nachfolgern betriebene Gleichgewichtspolitik zwischen den Blöcken und die Orientierung auf die Dritte Welt, vor allem Afrika und das Mittelmeer, machten so lange Sinn, wie die geopolitischen Umstände es erlaubten. Doch diese änderten sich mit dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der kommunistischen Welt 1989/91; eine zunächst unilaterale, von den USA dominierte Weltordnung entstand, die aber immer mehr von einer multilateralen Struktur abgelöst wird, die den Namen »Ordnung« noch nicht verdient, denn sie ist geprägt von globalen Ungleichgewichten, dem Aufstieg neuer Mächte, internationalem Terrorismus und Staatszerfall, von Krisen und Konflikten, gerade auch in der europäischen Nachbarschaft.⁵ Der französische Kurs der nationalen Unabhängigkeit war damit nicht mehr aufrechtzuerhalten: In Europa führte der Schlingerkurs zwischen Groß-

5. Veit, Winfried: «La nouvelle donne géopolitique de l'Europe», in: *Allemagne d'aujourd'hui*, Nr. 171, Januar-März 2005, 5 ff.

machtanspruch und europäischer Integration schließlich zur Isolierung nach dem gescheiterten Referendum über die europäische Verfassung; die distanzierte Haltung zur NATO und der latente Anti-Amerikanismus entfremdete nicht nur die Amerikaner, sondern auch die neuen EU-Mitgliedsländer in Mittelosteuropa; im Nahen Osten und in Afrika hat Frankreich seinen traditionellen Einfluss verloren.

Insofern stellen die ersten außenpolitischen Aktionen Sarkozys in der Tat eine gewisse Neuorientierung dar und die heftige Kritik der Opposition an der »inkohärenten« (Ségolène Royal) und »moribunden« (so der Abgeordnete Paul Giacobbi) Diplomatie à la Sarkozy ist möglicherweise ein erstes Anzeichen für die Auflösung des traditionellen »consensus gaullio-mitterando-chiraquien« (Daniel Vernet), der in der Vergangenheit dafür gesorgt hat, dass es – im krassen Unterschied zur Innenpolitik – in äußeren Angelegenheiten kaum ernsthafte Meinungsverschiedenheiten zwischen den großen politischen Parteien gegeben hat. Dieser Konsens lässt sich mit Vernet so resümieren: »Frankreich muss seine eigene Politik verfolgen, die nicht mit einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik verwechselt werden darf noch mit einer atlantischen Orientierung, die einem Vasallenverhältnis gegenüber den USA gleichkommt« (*Le Monde* v. 12.9.2007).

In seiner ersten außenpolitischen Grundsatzrede vor den in Paris versammelten französischen Botschaftern hat Sarkozy am 29. August 2007 seine außenpolitischen Grundlinien umrissen.⁶ Darin macht er zwar Zugeständnisse an die gaullistische Tradition, so wenn er eingangs von der »ungerechten Ordnung von Jalta« spricht und von der »Vision Frankreichs, die ich der Welt vermitteln möchte«. Auch sein Hinweis darauf, dass Frankreich über »eines der dynamischsten und am besten ausgebildeten Völker und eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften« verfüge, gehört zu den Standardformeln des Gaullismus, wirkt aber angesichts des von Sarkozy ansonsten selbst immer wieder kritisierten Immobilismus der französischen Gesellschaft ziemlich aufgesetzt. Zur gaullistischen Tradition im besten Sinne gehört seine Bemerkung, wonach die von ihm angestrebten Reformen zur Modernisierung von Staat und Wirtschaft Voraussetzungen für ein starkes Frankreich in der Weltpolitik seien.

Doch ansonsten überwiegt ein neuer Tonfall, sicherlich immer wieder auch im gaullistischen Pathos als Zugeständnis an sein eigenes politisches Lager, aber dennoch mit deutlich neuen Akzenten. Die europäische In-

6. <http://www.elysee.fr/elysee/root/bank/print/79272.htm>.

tegration genießt für ihn »absolute Priorität« und darunter ganz besonders eine einheitliche europäische Verteidigungspolitik, die er aber nicht, wie seine Vorgänger, im Gegensatz zur NATO sieht: »Es gibt keine Konkurrenz, wohl aber Komplementarität zwischen NATO und Europäischer Union«. Sein Konzept: »Eine unabhängige europäische Verteidigungsstruktur und eine atlantische Organisation, in der wir den uns gebührenden Platz einnehmen«. Das bedeutet für Sarkozy auch, dass Frankreich ein zuverlässiger Verbündeter, aber nicht abhängig von den USA ist.

Klar von seinem Vorgänger Chirac unterscheidet sich Sarkozy, wenn er mit mehr oder weniger deutlichen Worten Russland (»spielt seine Trümpfe mit einer gewissen Brutalität aus«) und China (»Strategie der Kontrolle, vor allem in Afrika«) kritisiert. In diesen Zusammenhang gehören auch seine starken Worte über den Iran (»die iranische Bombe oder die Bombardierung Irans«) und sein Bekenntnis zur Freundschaft mit Israel, mit dem Chirac ein eher gespanntes Verhältnis hatte. Stärker in der Nachfolge Chiracs befindet sich Sarkozy mit seinem Plädoyer, eine Konfrontation zwischen Islam und Westen zu verhindern, wozu auch das Konzept einer »Mittelmeer-Union« gehört und schließlich die Aussage, wonach »Afrika eine wesentliche Priorität unserer Außenpolitik bleibt«. Umsetzen wird Sarkozy diese Vorstellungen in den Worten des Londoner *Economist* mit einem »frischen Pragmatismus, basierend auf einer eher realistischen Einschätzung von Frankreichs Größe und mit einem Beigeschmack von Opportunismus« (*The Economist* v. 1.9.2007). Letzteres war allerdings auch ein Kennzeichen seines Vorgängers Chirac und insofern hält sich auch methodisch der »Bruch« in Grenzen.

Europa: politische Integration oder ökonomischer Patriotismus?

Sarkozy erhebt den Anspruch, Europa aus der Sackgasse herausgeführt zu haben, in die es nach dem doppelten Nein der Franzosen und Holländer im Frühjahr 2005 geraten war. Dieser Anspruch ist nicht unbegründet: Er war der erste bedeutende Politiker, der den Gedanken eines »Minivertrages«, das heißt einer reduzierten Version des im Verfassungsreferendums abgelehnten Entwurfs, bereits Anfang 2006 propagierte und dies auch zum Thema seines Wahlkampfes machte. Und er lehnte es auch von vorneherein ab, diesen Vertrag – dem ausdrücklich jegliches Attribut einer Verfassung abgesprochen wurde – einer erneuten Volks-

abstimmung zu unterwerfen, sondern wollte ihn von Anfang an auf parlamentarischem Wege ratifizieren lassen. Dies geschah dann auch im Februar 2008 mit deutlicher Mehrheit, wobei Sarkozy neben diesem außenpolitischen Erfolg auch gleich noch einen innenpolitischen Triumph verband, weil die Sozialisten sich einmal mehr in der Europafrage zutiefst gespalten zeigten.

Sein Erfolg in dieser Frage basiert auf seinem ebenso erfolgreichen Agieren im europäischen Kontext. Stieß seine Idee zunächst auf geringe Resonanz – gerade auch auf deutscher Seite, wo man lange an der Fiktion eines in den Kernpunkten unveränderten Verfassungsentwurfs festhielt –, so setzte sich allmählich seine Beharrlichkeit und die Einsicht durch, dass mehr angesichts der Widerstände unter anderem von britischer und polnischer Seite nicht zu erreichen war. Großzügig überließ Sarkozy schließlich auch anderen ihren Anteil am Triumph: Die Verabschiedung des Vertrages durch den Europäischen Rat in Lissabon im Oktober 2007 präsentierte sich letztendlich als Gemeinschaftswerk des französischen Präsidenten, der deutschen und portugiesischen Ratspräsidentschaft des Jahres 2007 und der Europäischen Kommission. Die wichtigsten Punkte des Vertrages sehen einen Präsidenten der Union und einen Verantwortlichen für die Außenpolitik vor; neue Regeln, die Mehrheitsentscheidungen erleichtern; einen stärkeren Einfluss des Europäischen Parlaments; und schließlich die Verpflichtung auf die Europäische Grundrechtscharta mit der Ausnahme von Großbritannien und Polen.

Noch vor der Entscheidung des Europäischen Rates, die seiner Meinung nach eine zehnjährige Blockade der institutionellen Reformen beendete, schlug Sarkozy in seiner Rede vor den französischen Botschaftern bereits weitergehende Schritte vor. Er wünsche sich ein Komitee von zehn bis zwölf Weisen, das über die »ebenso einfache wie zentrale Frage nachdenken soll: welches Europa für 2020–2030 und mit welcher Aufgabe?«. Der Europäische Rat stimmte im Dezember 2007 der Einrichtung einer solchen »Reflexionsgruppe«, allerdings in bescheidenem Rahmen, zu. In diesem Zusammenhang bekräftigte Sarkozy seine Ablehnung eines türkischen EU-Beitritts, akzeptierte jedoch gleichzeitig die Eröffnung von neuen Kapiteln in den Verhandlungen mit der Türkei, was von der EU-Kommission sogleich als Zeichen der »Mäßigung« in der bisher ablehnenden Haltung Frankreichs interpretiert wurde. Doch war klar, dass er diese »Zugeständnisse« nur machte, um die Verabschiedung des »Minivertrages« nicht zu gefährden, er aber im Übrigen weiterhin für eine »privilegierte Partnerschaft« mit der Türkei anstelle

einer EU-Mitgliedschaft plädierte, in dieser Frage ein klarer Bruch mit Chirac.

Und auch für die französische Ratspräsidentschaft des zweiten Halbjahres 2008 hatte der seinem dynamischen Image immer getreue Sarkozy konkrete Vorschläge parat: Europa brauche eine einheitliche Einwanderungs-, Energie- und Umweltpolitik. Denn »wenn man will, dass die Völker Europas dieses Europa von Neuem lieben, dann muss Europa sich um die täglichen Probleme kümmern«, wie eben Einwanderung, Energie und Umwelt. Doch ganz entscheidend ist für Sarkozy eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik, »damit die Europäer voll und ganz ihre Verantwortung und ihre Rolle im Dienste ihrer und der Sicherheit der ganzen Welt übernehmen«. Und auch in diesem Bereich hat der Pragmatiker Sarkozy einen praktischen Vorschlag zur Hand, der ebenso wie der »Minivertrag« französische Initiative und damit französischen Einfluss beinhaltet: Er fordert die Ausarbeitung einer neuen »europäischen Sicherheitsstrategie«, die dann unter der französischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 verabschiedet werden könnte.⁷ Und das neue französische »Weißbuch über Verteidigung und nationale Sicherheit« werde einen wichtigen französischen Beitrag dazu liefern.

Profiliert sich Sarkozy auf diese Weise als energischer Verfechter der europäischen Integration, so bleiben doch auch Zweifel ob seiner wahren Prioritätensetzung im Spagat zwischen nationalen und europäischen Interessen. Seine wiederholte Kritik an der Europäischen Zentralbank und an deren Präsidenten, seinem Landsmann Jean-Claude Trichet, und seine Ankündigung, der französische Haushalt werde erst 2012 und nicht, wie von der Vorgängerregierung de Villepin versprochen, schon 2010 ausgeglichen werden, stehen in der Tradition einer nationalstaatlichen, den eigenen (ökonomischen) Interessen Vorrang gebenden Politik. Die von der EU-Kommission scharf kritisierte Verschiebung des Haushaltsausgleichs um zwei Jahre wird von der französischen Regierung mit den Kosten für die innen- und gesellschaftspolitischen Reformen und einem voraussichtlich geringeren Wirtschaftswachstum begründet, die es nicht erlaubten, das Defizit in kürzerer Zeit abzubauen. Für die proeuropäischen Kritiker Sarkozys steht diese Politik in der Tradition seines »öko-

7. Die derzeit gültige europäische Sicherheitsstrategie datiert vom Dezember 2003 und trägt den Titel »Ein sicheres Europa in einer besseren Welt«, veröffentlicht unter dem gleichen Titel vom Institut für Sicherheitsstudien der EU, Paris, Dezember 2003.

nomischen Patriotismus«, die er vor allem in seiner kurzen Amtszeit als Wirtschafts- und Finanzminister (April bis November 2004) unter Beweis gestellt hatte. Damals hatte er mit massivem Druck und staatlicher Intervention »nationale« Lösungen bei drohenden Firmenübernahmen durchgesetzt, so im Falle Aventis/Sanofi und Alstom/Siemens, und in beiden Fällen richtete sich die Intervention gegen deutsche Firmen – ein Widerspruch zu den ansonsten von Sarkozy gepriesenen »europäischen Champions« im Industrie- und vor allem Hochtechnologiebereich.

Eine nationale Lösung strebt Sarkozy auch für die französische Energieversorgung durch die für 2008 geplante Verschmelzung der beiden Energieunternehmen Gaz de France (GDF) und Suez an, die zusammen das viertgrößte Gas- und Elektrizitätsunternehmen der Welt bilden werden. Die französische Regierung war der Geburtshelfer bei diesem Unterfangen (GDF ist ein öffentliches Unternehmen), und begründet wurde diese, im Zeitalter der auch von Sarkozy immer wieder beschworenen Liberalisierung, anachronistisch anmutende aktive nationalstaatliche Industriepolitik mit den »vitalen Interessen« Frankreichs an einer sicheren Energieversorgung. Sarkozy setzte persönlich den Schlusspunkt unter diese lange Zeit umstrittene Unternehmensfusion und er verband sie zugleich mit einem Schuss Liberalisierung, denn GDF wird teilprivatisiert und der Staat wird nur noch 35 Prozent der Anteile am Gesamtunternehmen halten. Damit schält sich möglicherweise eine neue wirtschaftspolitische Doktrin im Elysée heraus mit der Wahrung nationaler Interessen bei gleichzeitig zunehmendem Rückzug des Staates aus direkten Wirtschaftsbeteiligungen (und dazu müssen auch weitere Reformmaßnahmen gezählt werden, wie die Flexibilisierung des Arbeitsmarkts, die Universitätsreform usw.). Auf seine widersprüchliche Politik zwischen Intervention und Liberalisierung in seiner Zeit als Wirtschaftsminister angesprochen, antwortete Sarkozy lapidar: »Ich bin in erster Linie pragmatisch. Ich wache nicht morgens auf und lese Adam Smith, Ricardo oder Hayek, sondern ich suche nach Lösungen«.

Transatlantische Orientierung und angelsächsisches Modell

Sarkozy hat in der Industriepolitik – wie die oben erwähnten Firmenbeispiele zeigen – keine Rücksicht auf das besondere deutsch-französische Verhältnis genommen. Zwar hat er seinen ersten Staatsbesuch nach Amtsübernahme Berlin abgestattet, pflegt engen Kontakt zu Bundes-

kanzlerin Angela Merkel und hob auch in seiner Rede vor den Botschaftern – allerdings eher beiläufig – das besondere deutsch-französische Verhältnis hervor, doch knirscht es hinter den Kulissen gewaltig, wie der Konflikt mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück wegen der französischen Haushaltspolitik und die anhaltenden Auseinandersetzungen um den deutsch-französischen Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS zeigen. Ein weiterer Beweis dafür war die kurzfristige Absage eines geplanten Treffens zwischen Sarkozy und Merkel im Rahmen des »Blaesheim-Prozesses« (regelmäßige vertrauliche Gespräche im engsten Kreis) am 3. März 2008.

Hingegen heftet an Sarkozy seit langem das Etikett »pro amerikanisch«, so dass viele im linken und gaullistischen Lager von seiner Amtsübernahme eine Abkehr von der traditionellen Deutschlandorientierung befürchteten. Doch auch in diesem Bereich handelt Sarkozy eher pragmatisch, denn spätestens seit der EU-Erweiterung des Jahres 2004 hat das deutsch-französische Tandem in einem Europa der 27 naturgemäß an Bedeutung eingebüßt. Hinzu kommt, dass aus französischer Sicht die Erweiterung um den ostmitteleuropäischen Raum in erster Linie deutschen Interessen diene und damit die schon mit der deutschen Wiedervereinigung bewirkte Verschiebung der Gewichte zugunsten Deutschlands im europäischen Kontext noch verstärkte. Nicht zuletzt aus diesem Grunde führte ihn eine seiner ersten Auslandsreisen im September 2007 nach Ungarn (die Heimat seines Vaters), wo er eine Rede vor dem ungarischen Parlament hielt; in Paris zurück, sprach er von »der großen Rückkehr Frankreichs nach Mitteleuropa« und davon, dass »manche geglaubt hätten, für Frankreich sei in Osteuropa neben Deutschland kein Platz«. Vor dem ungarischen Parlament betonte er in Anspielung an die harschen Worte seines Vorgängers Chirac während der Irak-Krise, die (pro amerikanischen) Osteuropäer hätten »eine Gelegenheit zum Schweigen versäumt«: »Es gibt für Frankreich nicht Länder, die das Recht haben, ihre Meinung zu äußern, und solche, die nur das Recht haben, zu schweigen. Es gibt nur Länder, die gleiche Rechte und Pflichten haben, und das macht die Stärke der Europäischen Union aus«.

Mit diesem Bekenntnis hat sich Sarkozy nicht nur den mittelosteuropäischen EU-Mitgliedern angenähert, er hat auch indirekt den Stil – wenn auch nicht die Substanz – von Chiracs Haltung in der Irak-Krise kritisiert. Ohne die französische Haltung zu Irak zurückzunehmen, hat er seit Beginn seiner Amtszeit konsequent an einer Verbesserung der transatlantischen Beziehungen gearbeitet. Und dies nicht nur aus pragmatischen

Gründen: »Sarko, l'Américain«, wie er manchmal in der französischen Presse titulierte wird, hat ein genuines Faible für die angelsächsische Welt. Er betonte schon früher ganz offen, dass er die Franzosen dem angelsächsischen Modell »des Erfolges, des Initiativgeistes und der Risikobereitschaft« annähern möchte. Und er begeht geradezu einen Tabubruch gegenüber dem französischen Anspruch der »exception culturelle«, wenn er in einem Interview sagt: »Der Traum der französischen Familien ist es, ihre Kinder an amerikanischen Universitäten studieren zu lassen. Wenn wir ins Kino gehen, sehen wir uns amerikanische Filme an. Wenn wir das Radio anmachen, wollen wir amerikanische Musik hören«. Als erster französischer Präsident hat Nicolas Sarkozy seinen Sommerurlaub in den USA verbracht, und dass es dabei zu einem familiären Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Georg Bush in dessen Ferienhaus kam, zeigt die atmosphärische Veränderung gegenüber seinem Vorgänger Chirac.

So war es sicherlich keine reine Rhetorik, wenn Sarkozy bei seinem ersten offiziellen Besuch in den Vereinigten Staaten am 7. November 2007 vor dem Kongress in Washington seine Bewunderung für Amerika, seine Geschichte, seine Werte, seine moralische und geistige Stärke zum Ausdruck brachte: »Die USA sind die größte Nation der Welt«. In Anspielung an die Irak-Krise erklärte er, die »Zeit des Unverständnisses« zwischen Paris und Washington sei vorbei; Frankreich wolle für die USA ein »zuverlässiger Freund und Partner« sein. In der abschließenden Pressekonferenz mit Präsident George Bush bekräftigten beide ihre gemeinsame Haltung zu Iran, wo es – zusätzlich zu den weitergehenden diplomatischen Bemühungen – verschärfter Sanktionen bedürfe. In Bezug auf Afghanistan versicherte Sarkozy seinem amerikanischen Partner, dass Frankreich so lange dort engagiert bleiben würde, wie es die Lage erfordere, »denn was in diesem Land auf dem Spiel steht, ist die Zukunft unserer Werte und der Atlantischen Allianz«. Konnte er in dieser Hinsicht die Amerikaner beruhigen, so verhielt er sich bei anderen Themen getreu seiner Devise »verbündet, aber nicht abhängig« (»allié, pas aligné«) – »wie in einer Familie, wo man Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck bringen kann«. Solche Unterschiede gibt es vor allem in der Frage des Kampfes gegen den Klimawandel und hinsichtlich des schwachen Dollars, der die französische Exportindustrie belastet.⁸

8. Zum Staatsbesuch Sarkozys in Washington siehe die Berichterstattung in der französischen Presse, z. B. *Le Monde* v. 8. und 9. November 2007, *Libération* v. 8. November und Sarkozys Rede vor dem Kongress unter <http://www.elysee.fr>.

Eine weitere Frage, die im Vorfeld von Sarkozys Besuch eine Rolle gespielt hatte, konnte in Washington offensichtlich nicht vertieft werden, bleibt aber zweifellos auf der Tagesordnung. Es handelt sich um den von Sarkozy angepeilten Wiedereintritt Frankreichs in die militärischen NATO-Strukturen, aus denen General de Gaulle 1966 ausgetreten war. Bereits am 3. Oktober 2007 hatte Paris dem Nordatlantischen Rat ein Dokument zukommen lassen, um die »Transparenz und Zusammenarbeit zwischen EU und NATO« zu verstärken. Denn dies ist für Sarkozy eine Voraussetzung für den Wiedereintritt, wie er es mehrfach deutlich gemacht hat: Erst eine starke gemeinsame europäische Verteidigung bietet die Chance, als gleichberechtigter Partner (europäischer Pfeiler) neben dem nordamerikanischen Pfeiler zu bestehen. Als erste Maßnahmen schlägt Paris die wechselseitige Teilnahme des EU-Außenbeauftragten Javier Solana und des NATO-Generalsekretärs Jaap de Hoop Scheffer an den jeweiligen Gremiensitzungen der beiden Organisationen vor. Darüber hinaus sollen die Arbeitskontakte zwischen der Europäischen Verteidigungsagentur und ihrem Gegenpart in der NATO verstärkt werden.

Dies ist eine Abkehr von der bisherigen französischen Haltung, die darauf abzielte, gemeinsame Aktionen zwischen EU und NATO, etwa bei humanitären internationalen Interventionen, zu verhindern. Eine weitere Voraussetzung für die französische Rückkehr in die militärischen NATO-Strukturen dürften führende Kommandoposten in dieser Struktur sein.

Globalisierung und internationale Intervention

Die Annäherung an die USA geht für Sarkozy, wie das Beispiel Irak zeigt, nicht mit einer bedingungslosen Akzeptierung amerikanischer Positionen einher. Auch in der Frage der Gestaltung einer neuen Weltordnung gibt es Differenzen. In seiner Rede vor den französischen Botschaftern verweist er am Beispiel Irak darauf, dass »die unilaterale Anwendung von Gewalt zum Misserfolg führt«. Andererseits stellt er fest, dass die existierenden multilateralen Institutionen, wie UNO und NATO, Zweifel an ihrer Wirksamkeit aufkommen lassen, wie die Beispiele Darfur und Afghanistan zeigten. So plädiert er gegenüber den »Exzessen einer nur unzureichend in den Griff zu bekommenden Globalisierung« für einen »effizienten Multilateralismus«, der auf der Achtung aller gegenüber den gemeinsamen Regeln und auf Gegenseitigkeit beruhen müsse. Dazu

müsste unter anderem der Weltsicherheitsrat neben Deutschland und Japan um die aufstrebenden Mächte Indien und Brasilien sowie eine repräsentative Vertretung Afrikas erweitert werden.

Der französische Präsident hat sich bei diesen Überlegungen unter anderem auch vom ehemaligen sozialistischen Außenminister Hubert Védrine beraten lassen, den er überdies mit der Ausarbeitung eines Berichts über »Frankreich und die Globalisierung« beauftragte. In diesem am 4. September 2007 vorgelegten Bericht wägt Védrine die Vor- und Nachteile der Globalisierung für Frankreich ab und weist insbesondere darauf hin, dass nur 18 Prozent der Franzosen diese als positiv ansehen (womit sie allerdings im europäischen Kontext nicht alleine sind). Eine der wichtigsten Schlussfolgerungen des Berichts ist das Argument, dass im Zeitalter der internationalen Konzerne und der fast ungehemmten globalen Finanzströme die Nationalstaaten, entgegen der neoliberalen Theorie, nicht zu stark, sondern zu schwach sind. Védrines zusammenfassende Schlussbemerkung macht einmal mehr den typisch französischen Spagat zwischen nationalen Interessen und Globalisierungszwängen deutlich: »Die Fortführung unserer eigenen, überdachten und neu formulierten, starken und intelligenten Außenpolitik ist eines der Elemente für die Behauptung Frankreichs in der Globalisierung. Eine normale und freundschaftliche, aber nicht abhängige Beziehung zu den Vereinigten Staaten, die Schaffung eines starken Europas sind die Voraussetzungen, um unsere Macht und unseren Einfluss für die Verteidigung unserer Interessen und die Propagierung unserer Ideen einsetzen zu können. Zusammengefasst: Wir müssen die französischen Interessen wahren, den Schock der Zivilisationen und der Mächte verhindern und eine lebenswerte und gerechte Welt schaffen«. ⁹

Védrine verkörpert einen Teil der von Sarkozy nach seinem Wahlsieg proklamierten Öffnungspolitik gegenüber der Linken. Dazu gehört – neben dem Staatssekretär für Europa im Außenministerium, Jean-Pierre Jouyet, und dem Staatssekretär für Francophonie, Jean-Marie Bockel – in erster Linie der neue Außenminister Bernard Kouchner. Der Sozialist Kouchner, einer der populärsten Politiker der Linken, war unter anderem Gesundheitsminister in der Regierung Jospin. Vor allem aber ist er bekannt als der »french doctor«, Mediziner, Mitbegründer der »Médecins sans frontières«, aus denen er im Unfrieden schied, humanitärer Aktivist

9. Védrine, Hubert: »Rapport pour le Président de la République sur la France et la mondialisation«, Paris 4. September 2007, <http://www.elysee.fr>.

der ersten Stunde mit dem ersten – prägenden – Einsatz in Biafra und Miterfinder des »Rechts auf humanitäre Einmischung«, das 1988 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen im Prinzip akzeptiert wurde. Von 1999 bis 2001 leitete er die UN-Verwaltung im Kosovo.

Kouchner ist von einem ähnlichen Tatendrang besetzt wie Sarkozy, doch während dieser die Dinge in erster Linie unter einem pragmatischen und praktischen Gesichtspunkt betrachtet, ist Kouchner ein Überzeugungstäter. Viele rechneten deshalb mit einem baldigen Zusammenstoß dieser beiden so ähnlichen und doch auch wieder unterschiedlichen Temperamente. Bisher verläuft die Zusammenarbeit aber offensichtlich reibungslos, auch wenn Kouchner in manchen Fällen vom Präsidenten korrigiert wird und dieser das Heft des Handelns an sich reißt, wenn es ihm opportun (und publikumsträchtig) erscheint. So war es Sarkozy und nicht Kouchner, der in einer wirksam in Szene gesetzten Aktion die Befreiung der Mitarbeiter der Hilfsorganisation »L'Arche de Zoé« aus dem Tschad verhandelte und diese im Präsidentenflugzeug abholte. Ansonsten aber zählt gerade Darfur zum bevorzugten Wirkungsgebiet von Kouchner, und vom Tschad aus will er ganz im Sinne des Rechts auf Intervention »sichere Korridore« zu den Flüchtlingslagern auch auf der sudanesischen Seite legen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Entsendung einer europäischen Friedenstruppe in den Tschad.

Doch in vielen Bereichen muss auch der Menschenrechtsaktivist Kouchner die Realitäten zur Kenntnis nehmen. Im Falle China fand Kouchner nur milde Worte hinsichtlich der chinesischen Haltung gegenüber Burma. Während einer China-Reise Anfang November 2007 bekannte er, er habe einige Monate gebraucht, um zu erkennen, dass man (im Falle Burma) sich nicht gegen die Chinesen stellen könne. Und auch Sarkozy selbst forderte zwar bei seinem ersten Besuch in China vom 25.–27. November 2007 seine Gastgeber auf, den Yuan bald aufzuwerten und mehr auf Umweltschutz zu achten, verzichtete im Übrigen aber darauf, seine für Menschenrechtsfragen zuständige Staatssekretärin Yama Rade mitzunehmen. Honoriert wurde diese Zurückhaltung, gerade auch im Vergleich zu Deutschland, mit Wirtschaftsverträgen in Höhe von 20 Milliarden Dollar. Ähnlich zurückhaltend äußerte sich Sarkozy bei seinem ersten Russland-Besuch im Oktober, nachdem er zuvor Moskau aufgefordert hatte, »nicht die Lösung der großen Probleme der Welt zu erschweren«.

Eines der Lieblingsprojekte des französischen Präsidenten ist der Aufbau einer »Mittelmeer-Union«. In einer programmatischen Rede an

symbolträchtiger Stelle, nämlich im marokkanischen Tanger, umriss er am 23. Oktober 2007 die Konturen einer solchen Union. Am 6. November präzisierte der mit dem Projekt beauftragte Botschafter Alain Le Roy vor den in Lissabon versammelten Ministern der Euromed-Gruppe den Plan. Danach ist nicht an die Schaffung neuer Institutionen gedacht, sondern an einen den G8-Gipfeltreffen nachempfundenen Gedankenaustausch zwischen den Staats- und Regierungschefs der Mittelmeer-Länder. Im Unterschied zur existierenden euro-mediterranen Partnerschaft (Barcelona-Prozess) soll es sich um eine »Union der Projekte« handeln; so soll zum Beispiel eine Agentur zum Kampf gegen die Wasserverschmutzung und eine zur Förderung der Klein- und Mittelunternehmen geschaffen werden (*Le Monde* v. 8.II.2007). Das Echo auf diese Vorschläge war eher zurückhaltend, die Kritik (von europäischer Seite) bezog sich vor allem auf die Tatsache, dass die EU bereits über eine Mittelmeer-Politik verfügt und darüber hinaus auch noch das Instrument der europäischen Nachbarschaftspolitik existiert, das fast alle Mittelmeer-Länder umfasst. Schließlich bleibt zu fragen, warum nur die europäischen Mittelmeer-Anrainer und nicht alle EU-Mitglieder Verantwortung für diesen Raum übernehmen sollen. So bleibt der Verdacht, dass die »Mittelmeer-Union« unter anderem auch dem Zweck dient, ein Gegengewicht zur deutschen »Ostorientierung« zu schaffen und eine EU-Mitgliedschaft bestimmter Länder (Türkei) auszuschließen. Kritisch gesehen wird von den europäischen Partnern auch der massive Verkauf von Nukleartechnologie, vor allem an arabische Länder.

In seiner Rede vor den Botschaftern hatte Sarkozy davon gesprochen, dass Afrika »eine wesentliche Priorität unserer Außenpolitik« bleiben würde. Davon ist, außer dem Komplex Darfur/Tschad, bisher nicht viel zu spüren. Sarkozy bringt in jedem Fall nicht das gleiche emotionale Engagement mit wie sein Vorgänger Chirac, und er verfügt auch nicht über das gleiche personelle Beziehungsgeflecht wie dieser, wobei letzteres oft im Mittelpunkt der Kritik stand. Bei Sarkozy liegt der Verdacht nahe, dass er Afrika fast ausschließlich unter Nützlichkeitsgesichtspunkten betrachtet, und das heißt vor allem durch die Brille der Migrationsfrage und damit der Sicherheit. Neben dem Außenministerium und dem afrikapolitischen Berater im Elysée, Bruno Joubert, ist nicht zuletzt auch ein Ministerium für Afrika zuständig, das den seltsamen und umfangreichen Namen »Ministerium für Migration, Integration, Nationale Identität und Ko-Entwicklung« trägt und dem der engste Vertraute Sarkozys, Brice Hortefeux, vorsteht. Beides zusammen ist ein Indiz dafür, dass die-

ser Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist.¹⁰ In dieses Bild passt auch der von Sarkozy und französischen Diplomaten immer wieder ins Spiel gebrachte Begriff der »Ko-Entwicklung« (»co-développement«), wobei durch wirtschaftliche Entwicklung der afrikanischen Staaten die Migrationsströme gebremst werden sollen. Doch gleichzeitig trägt Frankreich mit seiner protektionistischen Agrarpolitik dazu bei, die Entwicklung Afrikas zu behindern und die Verhandlungen der Doha-Runde im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO zu erschweren – eine weitere Inkohärenz der Sarkozy'schen Position, die es schwer macht, von einem wirklichen Neubeginn der französischen Außenpolitik zu sprechen.

10. *L'Express* v. 14. Juni 2007, 76 ff.